



# Leitantrag 2022 – 2026

---

GdP – immer da für  
moderne Sicherheitsbehörden,  
gute Arbeitsbedingungen,  
attraktive Berufschancen  
und Zusammenhalt



**Gewerkschaft  
der Polizei**

Bundespolizei | Zoll

# Leitantrag



## GdP – immer da für moderne Sicherheitsbehörden, gute Arbeitsbedingungen, attraktive Berufschancen und Zusammenhalt

Das Arbeitsprogramm der Gewerkschaft der Polizei – Bezirk Bundespolizei & Zoll für die Jahre 2022 bis 2026 wird durch viele angenommene Anträge bestimmt, die durch die Grundgedanken dieses Leitantrags getragen werden.

Die Beschäftigten der Bundespolizei, des Zolls und des Bundesamts für Güterverkehr (BAG) stehen im Frühjahr 2022 als Angehörige der Sicherheitsbehörden des Bundes vor neuen beruflichen Herausforderungen. Gerade in Zeiten vielfältiger und längerdauernder gesellschaftlicher Konflikte wird die Bedeutung der Sicherheitsbehörden als zuverlässiger Garant des Rechtsstaats und der Demokratie deutlich.

Die neue Bundesregierung hat sich in ihrem Koalitionsvertrag eine Reihe von Aufgaben gestellt – wie beispielsweise die Revision der Sicherheitsbehörden – und Ziele gesetzt, die mit den beruflichen, sozialen und familiären Interessen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Einklang gebracht werden müssen. Die Ankündigung, dass sich die Wertschätzung für unsere Arbeit „auch durch eine gute Personal- und Sachausstattung, den Zustand der Liegenschaften, den Abbau von Überstunden und die Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage“ niederschlagen muss, ist um weitere Felder unserer Erwartungen zur Gestaltung unserer Arbeitswelt zu ergänzen und erfolgreich durchzusetzen. Dies ist die zentrale Aufgabe der Gewerkschaft der Polizei.



## **Gute polizeiliche Arbeit erfordert kontinuierlich verbesserte Arbeitsbedingungen**

Modern, hochprofessionell, top ausgestattet, ein attraktiver und sozialer Arbeitgeber und Dienstherr, ein tolles Arbeitsklima – das erwarten wir in den Behörden von Bundespolizei, Zoll und BAG.

Die GdP setzt sich dafür ein, die „Wellenbewegung“ der vergangenen zwanzig Jahre zwischen Aufwuchsprogrammen und Sicherheitspaketen einerseits und Jahren des Stillstands, der Personaleinsparung, Abführung von Sparbeiträgen und Nichtinvestition in die polizeiliche Sachausstattung andererseits zugunsten eines kontinuierlichen Entwicklungsprozesses zu durchbrechen. Die Sicherheitspakete, gerade im personellen Aufwuchs, waren nötig, um jahrelange politische Versäumnisse gegenüber der Bundespolizei und dem Zoll auszugleichen, führten aber wegen mangelnder Planung und Vorbereitung zu verstetigten Provisorien in der Ausbildung und in den operativen Dienststellen.

## **Die Bundespolizei fortentwickeln**

Die GdP tritt dafür ein, die durch die Sicherheitspakete begonnene Konsolidierung der Bundespolizei personell, finanziell und in der Sachausstattung und den Liegenschaften kontinuierlich und unter verlässlicher langfristiger Planung fortzuentwickeln.

Wir setzen uns dafür ein, die Bundespolizei als Sonderpolizei des Bundes in ihren originären Aufgabenfeldern weiter zu professionalisieren und zu stärken. Das schließt die Verzettlung und Aufzehrung des erreichten Zuwachses von Personal und Ressourcen für der Bundespolizei nicht originär übertragene Aufgaben und Zuständigkeiten aus. Die GdP sieht die Bundespolizei nicht als Konkurrenz zu den Polizeien und Behörden der Länder, sie strebt eine gute Kooperation und Ergänzung an. Die GdP sieht die Bundespolizei als professionelle Sonderpolizei des Bundes, die in



besonderen Feldern der Strafverfolgung und der Gefahrenabwehr ihre auszubauenden Stärken hat. Das schließt einerseits ein, dass die Bundespolizei im Verbund der Inneren Sicherheit ihren Beitrag leistet, auch Rückführungsaufgaben in hoher Qualität und mit weiter zu verbessernden Arbeitsbedingungen wahrzunehmen, andererseits verbietet sich ein Paradigmenwechsel und die Veränderung des Charakters der Bundespolizei zu einer Art „Fremdenpolizei“ in Deutschland ebenso wie die Übernahme von originär den Ländern obliegenden ausländerrechtlichen Aufgaben bis auf besondere Einzelfälle besonderer Bedeutung.

### **GdP steht für Kompetenz in den Kernaufgaben**

Hierzu zählt auch eine starke, personelle und materielle Aufstellung an den Landbinnengrenzen, um europäischer ausgerichtet und vernetzt zu werden, damit es in Europa keine lückenlosen Grenzkontrollen und keine Grenzzäune mehr gibt. Ein europäisch ausgerichteter Grenzschutz ist zugleich ein moderner und zeitgemäßer Grenzschutz als eine der Kernaufgaben der Bundespolizei.

Die GdP wirbt für ein geschlossenes und gut ausfinanziertes Konzept des modernen Grenzschutzes, das es der Bundespolizei erlaubt, zu jeder beliebigen Zeit an jedem beliebigen Ort der Grenzen der Bundesrepublik zu einer sofortigen Grenzkontrolle unter professionellen Arbeitsbedingungen übergehen zu können. Durch das Vorhalten von mobilen modularen Kontrollstellen in einer Anzahl, die einen gleichzeitigen Einsatz an mehreren Abschnitten an vorbereiteten Plätzen mit der notwendigen sofort verfügbaren Informationstechnik, Infra- und Sozialstruktur ermöglichen, wollen wir die Arbeitsbedingungen für Kontrolleinsätze an den Binnengrenzen verbessern. Wir stehen für einen weiteren personellen und technischen Ausbau der mobilen Einheiten des Bundes. Die Bundesbereitschaftspolizei als unerlässliches Unterstützungspotential in der Bundespolizei und für die Polizeien der Länder muss aufgestockt und auf höchstem Auffüllungs-



Ausbildungs- und Einsatzniveau gehalten werden. Wir engagieren uns für eine gute und sachbezogene Arbeitsteilung und Kooperation der Bundesbereitschaftspolizei und der Mobilien Kontroll- und Überwachungseinheiten (MKÜ) des Einzeldienstes.

Unsere Kolleginnen und Kollegen in der Bahnpolizei haben weiterhin den ganzen Einsatz der GdP zur Verbesserung der technischen und räumlichen Arbeitsbedingungen und zur personellen Aufstockung verdient. Ihre Arbeit, vor allem zur Bekämpfung der vom Bürger erlebten Alltagskriminalität, ist ein nicht wegzudenkender Aspekt der Akzeptanz der Bundespolizei in der Bevölkerung. Umso dringlicher werden wir weiteren Druck auf die Politik und die Bahnbetreiber zur Gewährleistung besserer Arbeitsbedingungen ausüben.

Für eine kluge Personalpolitik, Anreize für besonders herausfordernde Verwendungen und die Bereitstellung der erforderlichen modernen Einsatzmittel können sich unsere Kolleginnen und Kollegen in den Sonder- und Spezialeinheiten der Bundespolizei auf die Unterstützung ihrer Berufsorganisation GdP verlassen.

Die GdP setzt sich für ein am Musterpolizeigesetz orientiertes Bundespolizeigesetz ein. Wir werden in der politischen Debatte für uns wichtige Punkte wie die Erweiterung der Strafverfolgungszuständigkeit auch auf die Verbrechenstatbestände einbringen – mindestens in grenz- und bahnpolizeilichen Kernbereichen wie im Zusammenhang mit gewerbs- und bandenmäßigem Einschleusen und Einschleusen mit Todesfolge, Menschenhandel, gewerbs- und bandenmäßiger Verleitung zur missbräuchlichen Asylantragstellung, Eingriffen in den Bahnverkehr und Gefährdung von Menschenleben durch Explosionsstraftaten im Bahnbereich. Außerdem werden wir uns für die Vorsorge für die künftige Verfolgung von Straftaten, den Wegfall der bisherigen



sogenannten „Und-Verknüpfung“ – wenn entweder eine Straftat auf dem Gebiet der Bahnanlagen des Bundes begangen wurde oder sich eine Straftat gegen die Sicherheit eines Benutzers, der Anlagen oder des Betriebes der Bahn richtet –, den Wegfall der Beschränkung bei der Erhebung personenbezogener Daten zur Straftatverhütung, die Erlaubnis zur Vornahme erkennungsdienstlicher Behandlung auch zur Vorsorge der künftigen Verfolgung von Straftaten, die Erteilung von Meldeauflagen, die Einführung neuer Möglichkeiten der Ausschreibungen von Personen und Sachen zur gezielten und verdeckten Kontrolle oder Ermittlungsanfrage im Schengener Informationssystem über die grenzpolizeiliche Beobachtung hinaus und die Einführung eines Aufenthaltsverbotes einsetzen. Wir engagieren uns für eigene Zeugenschutzmaßnahmen, für die Befugnis zum Einsatz technischer Mittel gegen fernmanipulierte Geräte, zur Befugnis der Anordnung von Blutentnahmen und die Befugnis zur Bild- und Tonüberwachung von Gewahrsamsräumen.

Die GdP unterstützt die Forderung nach den polizeilichen Werkzeugen der Quellen-TKÜ und der Online-Durchsuchungen. Wir wollen die Wahrnehmung von Exekutivbefugnissen und von Luftsicherheitsaufgaben im Ausland und die Aufgabe des Personenschutzes im Ausland einschließlich der Anwendung von Kriegswaffen dazu gesetzlich abgesichert sehen. Die GdP setzt sich nachhaltig für die Novellierung des Gesetzes über den unmittelbaren Zwang ein, um in lebensbedrohlichen Einsatzlagen auch den „finalen Rettungsschuss“ anwenden zu können. Die GdP wird auch weiterhin für die Ausweitung des bisherigen 30 km-Zuständigkeitsbereichs an den Binnengrenzen auf 50 km und im Seegrenzbereich von 50 km auf 80 km werben.

Aus Sicht der GdP bedarf es im Verhältnis von Bund und Ländern keiner Ausweitung von Doppelzuständigkeiten, sondern eines Ausbaus der Kooperation, der gemeinsamen Ansprachen und der gegenseitigen Unterstützung.



## Zukunftsfähiger und moderner Zoll

Wir fordern eine bessere Verzahnung der Polizeien des Bundes und der Länder mit der Gefahrenabwehr- und Strafverfolgungskompetenz des Zolls, insbesondere bei der Sicherung der Grenzen, der Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität, dem Schmuggel, der Geldwäsche und der Arbeitsmarktkriminalität durch die Einführung einer Finanzpolizei beim Zoll.

Die GdP setzt sich energisch als Gesamtorganisation für die Umsetzung des GdP-Konzepts „Zoll 2022 – zukunftsfähig und modern“ ein.

Darüber hinaus muss Schluss sein mit der extremen beamtenrechtlichen Benachteiligung der Vollzugsbeamtinnen und -beamten im Zoll gegenüber ihren Kolleginnen und Kollegen bei der Bundespolizei und beim Bundeskriminalamt (BKA). Wenn Vollzugsbedienstete des Zolls, der Bundespolizei, und des BKA aufgrund ihrer gesetzlichen Aufgaben im Wesentlichen gleiche bzw. vergleichbare polizeiliche Aufgaben im Bereich der Gefahrenabwehr und der Verfolgung von Zuwiderhandlungen (Straf- und Bußgeldverfahren) wahrnehmen, muss der Bund als deren gemeinsamer Dienstherr auch dieselben beamtenrechtlichen Voraussetzungen für diesen Personenkreis schaffen.

Die berufstypischen Gefährdungen, Arbeitsbedingungen und besonderen Erwartungen an die Dienst- und Treuepflicht, bis hin zum Einsatz des eigenen Lebens, entsprechen bei allen genannten Beamtinnen und Beamten denen des Polizeidienstes. Die GdP fordert deshalb, dass auch die polizeilichen Vollzugsbeamtinnen und -beamten des Zolls aus den Kontroll-, Fahndungs- und Ermittlungsdiensten wie ihre Kolleginnen und Kollegen der Bundespolizei und des BKA vom Bundespolizeibeamtengesetz (BPolBG) und dessen besonderen beamtenrechtlichen Regelungen umfasst werden.



## Die Beschäftigten im BAG müssen gestärkt werden

Die Aufgaben des Bundesamtes für Güterverkehr wachsen stetig und betreffen vor allem auch die Sicherheit und Leichtigkeit im Güterverkehr, der in weiten Teilen für die Versorgung der Menschen und der Wirtschaft systemrelevant ist. Die Aufgaben des BAG entwickeln sich und haben zunehmend auch ordnenden und sichernden Charakter. Sie umfassen gleichfalls Aufgaben der Gefahrenabwehr und die Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten. Die Beschäftigten im BAG brauchen deutlich mehr berufliche Perspektive zu ihrer Entwicklung. Dazu gehören auch Aufstiegsperspektiven für den mittleren Dienst, insbesondere im Innendienst in den Außenstellen.

## Wissen schaffen, persönliche Weiterentwicklung fördern, Laufbahndurchlässigkeit erhöhen

Bundespolizei, Zoll und BAG stehen vor einem enormen Generationenwechsel. Die GdP setzt sich dafür ein, den dringend notwendigen Wissenstransfer einzuleiten und zu steuern.

Wir wollen die Qualität der Laufbahnausbildung steigern und keine Provisorien mit befristeten Ausbildungsstandorten mehr hinnehmen, wir brauchen auch zukünftig alle aufgebauten Kapazitäten, um die dringend notwendige kontinuierliche, planmäßige Fortbildung für Beamtinnen und Beamte und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wieder aufnehmen zu können.

Die GdP wirbt dafür, sowohl die fachliche Fortbildung in allen Verwendungen massiv zu steigern als auch die politische Bildung und die berufsethische Bildung mit unseren Kooperationspartnern deutlich zu verstärken und dafür mehr finanzielle Mittel und Personalausstattung zu erhalten. Dazu gehört auch, die neuen Beamtinnen und Beamten sowie die bereits im Dienst stehenden Kolleginnen und Kollegen auf dem Feld der Digitalisierung unserer Arbeit auf den optimalen Stand zu bringen und zu halten.



Wir wollen neuen Zugang zu Bildung und beruflicher Qualifikation schaffen. Die GdP fordert, die Gewinnung von Fachkräften aus den eigenen Reihen durch Entsendung zum zivilen Studium (§ 39 BLV) ganz erheblich auszubauen.

Die GdP will erreichen, dass der Laufbahnwechsel in den gehobenen und höheren Dienst zukünftig auch durch (Teil-)Fernstudiengänge ermöglicht wird, um mehr Kolleginnen und Kollegen mit Familienpflichten eine berufliche Aufstiegsmöglichkeit zu bieten. Um den Herausforderungen des polizeilichen Alltags gerecht zu werden, ist es weiterhin erforderlich, das Laufbahnrecht zu modernisieren. Wir wollen den „Drittelmix“ im Zugang zum gehobenen Dienst erhalten und eine Vielfalt an Laufbahnwechsellmöglichkeiten, die zur Lebensphase passen, anbieten.

Die GdP steht nach wie vor zum „Kienbaum-Gutachten“ über die Bewertung der Polizeiarbeit, worunter auch die polizeilichen Aufgaben des Zolls gehören, wonach mindestens ein Einkommen nach A 9 (PHM oder PK) angemessen ist. Der Anteil der Beschäftigten im gehobenen Dienst muss daher von heute 40 Prozent auf mindestens 60 Prozent erhöht werden. Dies entspricht auch der Analyse des BMI im Grundzügepapier des Attraktivitätsprogramms II, welches fortzuschreiben und umzusetzen ist.

Kolleginnen und Kollegen in den gehobenen Dienst zu überführen, erfordert weitere familienfreundliche Aufstiegsmöglichkeiten zu schaffen. Insbesondere im Hinblick auf den immer noch geringen Anteil von Frauen im Vollzugsbereich der Bundespolizei, des Zolls und des BAG müssen neben der Implementierung moderner Arbeitsformen auch gezielte Werbemaßnahmen an den weiblichen Adressatenkreis erfolgen.

### Es ist Zeit für bessere Zeiten

Ständige Verbesserungen rund um das Arbeitszeitthema bleiben Schwerpunkt der Gewerkschaftsarbeit. Wir wollen eine eigene Arbeitszeitverordnung für die Vollzugskräfte des Bundes, die den besonderen Arbeitszeitanforderungen des operativen Dienstes entspricht. Wir fordern die Absenkung der Wochenarbeitszeit für die Beamtinnen und Beamten auf das Maß der Tarifbeschäftigten. Die GdP will eine belastungsabhängige Arbeitszeithöhe. Nach 20 Jahren Schicht- und Einsatzdienst soll die Wochenarbeitszeit auf 36 Stunden, nach zehn Jahren Schicht- und Einsatzdienst auf 38 Stunden abgesenkt werden. Wir treten für echte Langzeitkonten ein, die nicht befristete Zeitguthaben ermöglichen. Reisezeiten und Freizeitausgleichsansprüche sollen kontiert werden und deren Abbau frei durch die Beschäftigten bestimmbar sein. Die GdP engagiert sich für eine Begrenzung der zeitlichen Verfügbarkeiten wie Rufbereitschaft und setzt sich für eine gesetzliche Garantie einer Mindestzahl arbeitsfreier Wochenenden ein.

### Unser Einsatz muss sich lohnen

Wertschätzung für die Beschäftigten in den Sicherheitsbehörden des Bundes drückt sich in guter Bezahlung und hohen Beförderungschancen aus.

Die durch das Wirken der Gewerkschaft der Polizei – Bezirk Bundespolizei erreichte bessere Planstellenstruktur muss weiter ausgebaut werden. Wir wollen den Anteil der Beförderungsplanstellen nach A 9m/9mZ, A 11, A 12 und A 13 sowie nach A 16 deutlich erhöhen, weil dies auch nach den Stellenplangrenzen zulässig und möglich ist.

Im Zoll müssen endlich die Obergrenzen bei A9m/A9Z sowie A12 und A13 erhöht und an die gesetzlichen Möglichkeiten der BHO angepasst werden.



Die in den Koalitionsvertrag aufgenommene Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage gilt es generationsgerecht umzusetzen. So dürfen die in den Lückenjahren in den Ruhestand getretenen Kolleginnen und Kollegen nicht leer ausgehen, sondern müssen einbezogen werden. Ebenso ist die Polizeizulage weiter zu erhöhen, bis sie wieder dem Verhältnis zum Grundgehalt von 1990 entspricht, damit die besondere Gefahr, die der Beruf mit sich bringt, auch im Rahmen der Inflation den erforderlichen Stellenwert behält.

Unter dem Motto „Kaufkraftausgleich“ wird sich der GdP-Bezirk Bundespolizei dafür einsetzen, dass sich die Kolleginnen und Kollegen unabhängig von ihrem – oft nicht frei wählbaren – Einsatzort für die gleiche Arbeit annähernd das Gleiche leisten können. Sie wird sich dafür einsetzen, dass es einen Kaufkraftausgleich in Hochpreisregionen gibt.

Unter demselben Motto wird sich die GdP weiterhin politisch dafür stark machen, dass die besondere Kappungsgrenze Ost bei der Altersversorgung für die Bediensteten im Bund abgeschafft wird – wie es bereits in den Ländern Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt der Fall ist.

### **Ohne Tarifbeschäftigte und Verwaltungsbeamtinnen und -beamte keine Polizeiarbeit möglich**

Neben den Verbesserungen für den Bereich der Beamtinnen und Beamten ist es genauso wichtig, dass die Tarifbeschäftigten in der Bundespolizei, dem Zoll und dem BAG gerecht bezahlt werden und die gleichen Möglichkeiten der Fortbildung und Entwicklung erhalten. Aus diesem Grund setzt sich der GdP-Bezirk Bundespolizei für eine Neugestaltung des Teils 6 der Entgeltordnung des Bundes (TVöD) ein. Viele Arbeitsplätze in der Bundespolizei sind dort nicht oder nicht hinreichend mit ihren tatsächlichen Anforderungen und erforderlichen Fachkenntnissen widerspiegelt. Nur mit dieser Änderung wird es der Bundespolizei gelingen, den Sprung in die moderne Arbeitswelt zu meistern.



Die GdP will im TVöD das Sonderverzeichnis für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Bundespolizei neu strukturieren und um die nicht enthaltenen Tätigkeiten ergänzen.

Die Arbeitswelt unseres Verwaltungspersonals entwickelt sich stetig weiter und wird besonders durch den Wandel in der Informationstechnologie weiteren Veränderungen unterworfen sein. Zugleich werden Tarifbeschäftigte wie auch Verwaltungsbeamtinnen und -beamte zunehmend in der Lehre wie aber auch in den Diensthunde- und Sportschulen eingesetzt.

Die GdP tritt weiter dafür ein, den Vollzugsbereich von vollzugsfremden Aufgaben zu entlasten und administrative Tätigkeiten ohne Bewertungsbruch so weit wie möglich Tarifbeschäftigten und Verwaltungsbeamtinnen und -beamten zu übertragen. Dies ist ein wesentlicher Baustein für das Funktionieren der Sicherheitsarchitektur des Bundes.

Die GdP fordert weiterhin deutlich bessere berufliche Entwicklungsmöglichkeiten für den Verwaltungsbereich in und auf allen Ebenen der Behörde. Bereits bestehende tarifrechtliche Förderungsmöglichkeiten sind deutlich zu priorisieren und zeitnah umzusetzen. Dies gilt in besonderem Maße für die Beschäftigten in den Bundespolizeiinspektionen, für die bisher nur vereinzelt Höhergruppierungen erfolgt sind, obwohl die hierfür erforderlichen Haushaltsstellen grundsätzlich zur Verfügung stehen. Ebenso wird bei der Förderung von Tarifbeschäftigten das entsprechende Personalentwicklungskonzept „Tarif“ der Bundespolizei, wonach vorhandene und realisierbare Höhergruppierungsmöglichkeiten grundsätzlich auszuschöpfen sind, nicht stringent angewandt.

Die GdP will für alle Tarifbeschäftigten sachgrundlos befristete Arbeitsverträge abschaffen. Wir setzen uns für die Etablierung eines kontinuierlichen Qualifizierungssystems ein.



Die Einführung der Sicherheitszulage für die Beschäftigten des Verwaltungsbereichs der Bundespolizei war eine zielführende und wertschätzende Maßnahme für die Kolleginnen und Kollegen. Wir fordern eine Erhöhung der Zulage wie auch eine zukünftige Dynamisierung.

Die GdP fordert, dass die Ausbildung für die Kammer- und Verwaltungsberufe endlich dem tatsächlichen Bedarf in diesen Bereichen entspricht und kämpft um die Einführung einer seriös berechneten und dann auch verbindlichen Ausbildungsquote. Nur so ist eine vorausschauende und wirklich belastbare Personalplanung für die Zukunft der Behörde sicherzustellen.

Die Gewerkschaft der Polizei fordert die Einführung von Lebenszeitarbeitskonten zur flexiblen Gestaltung einer individuellen Lebensplanung für Tarifbeschäftigte, um – ohne Einbußen bei der gesetzlichen wie auch der Betriebsrente – früher als mit 67 Jahren (Vorruhestand) aus dem Berufsleben auszusteigen oder Maßnahmen wie Weiterbildung, Sabbatjahr, Pflegezeit, erweiterte Elternzeit, Ausgleich von Teilzeit oder häusliche Pflege zu nutzen.

### **Wertschätzung unserer Arbeit auch im Alter**

Die GdP bleibt die Sprecherin für die spezifischen Interessen der in den Ruhestand / in Rente eingetretenen Mitglieder gegenüber der Politik, der Bundesregierung und den Medien. Die GdP setzt sich für eine bessere Betreuung der Seniorinnen und Senioren durch den Arbeitgeber und Dienstherrn ein. Wir wollen bessere und lebensstauere Möglichkeiten der Beratung, Unterstützung und Abrechnung in Krankheits- und Pflegefragen erreichen und wegkommen von Vorauszahlungen. Mit unserer Seniorengruppe wollen wir den Kontakt zu unseren Mitgliedern, die nicht mehr im aktiven Berufsleben stehen, halten und ausbauen.